

Zeitschrift: Annuaire de l'Association suisse de science politique = Jahrbuch der Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 3 (1963)

Buchbesprechung: Comptes rendus
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

COMPTES RENDUS

BENNO SCHMID: « *Die Listenverbindung im schweizerischen Proportionalwahlrecht* ». *Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft*, Neue Folge, Heft 227, Verlag Sauerländer, Aarau, 265 S.

Da diese staatsrechtliche Dissertation auch Probleme der schweizerischen Parteipolitik aufwirft, wie sie sich im Zusammenhang mit der Wahlen stellen, so soll sie in unserm Jahrbuch ausführlich gewürdigt werden. Der Verfasser widmet den ersten Teil einer kurzen Darstellung der Proportionalwahl und den mit ihr auftretenden Fragen nach gerechter Mandatverteilung und nach freiwilligen und unfreiwilligen Beschränkungen der Proportionalität. Als Teilaspekt dieser Fragen erscheint nun auch die *Listenverbindung*, die der Verfasser als « Stimmübertragungskartell » oder als « Partnerschaft zur Verwertung von Reststimmen » charakterisiert. Er erläutert die verschiedenen Arten der Listenverbindung: wahlkreisfreie und wahlkreisgebundene, einfache und mehrfache, einparteiige und mehrparteiige. In einem kurzen historischen Überblick wird gezeigt, wie die Listenverbindung in der Schweiz eingeführt worden ist, nämlich anlässlich des Proporz für die Nationalratswahlen (1919), und wie sie von dort allmählich ins Wahlrecht der Kantone Eingang findet, dem sie vor 1919 fremd war. Sodann wird die durch die Listenverbindung begründete rechtliche Ordnung breit dargelegt und gezeigt, wie sie sich in der Praxis ausgestaltet hat, d. h. wo und wie die ein- und mehrparteiigen Verbindungen und die sogenannten Unterverbindungen angewendet werden. Es werden in diesem Zusammenhang auch Verfahrensfragen erörtert, so die Bekanntmachung der Listenverbindung anlässlich der Wahlen, die Mandatverteilung, das Nachrücken von Ersatzmännern auf Listen, die mit solchen anderer Parteien verbunden sind, usw.

Der für den politischen Wissenschaftler aufschlussreiche dritte Teil behandelt die *Anwendung der Listenverbindung*. Im Vordergrund steht hier die Frage, in welcher Form die Listenverbindung bei den Nationalratswahlen und bei den Wahlen kantonaler und städtischer legislativer Behörden vorkommt. Schmid gibt hier zuerst einen Überblick über die Parteien und ihre Grundkonzeptionen und zeigt in zahlreichen Tabellen, welche *Wahlallianzen* in welchen Orten und bei welcher Gelegenheit getroffen werden. Am häufigsten sind neben der Verbindung von 3 Parteien die mehrparteiigen Verbindungen in der *einfachen* Listenverbindung, weil hier bei der Reststimmenverteilung zusätzliche Mandate gewonnen werden können. Es sind nicht nur « verwandte Parteien », etwa Liberale und Radikale, die sich zusammenschliessen, sondern auch solche mit verschiedenartiger Grundkonzeption, die sich im Zeichen der *bürgerlichen* Zusammenarbeit zusammenfinden, naturgemäss besonders dort, wo starke sozialdemokratische Parteien vorhanden sind, (z. B. Konservative, Radikale und Bauernparteien). Inwiefern die B.G.B.-Partei als den Freisinnigen verwandt zu betrachten sei, dagegen den Konservativen nicht, darüber liesse sich rechten.

Die *politischen Auswirkungen* der Listenverbindung erörtert Schmid nur bei sieben Nationalratswahlen (1931, 1935, 1943, 1947, 1951, 1955, 1959) und bei sieben Zürcher Gemeinderatswahlen, weil diese, im Gegensatz zu den kantonalen Wahlen, wo die statistische Verarbeitung sehr zu wünschen übriglässt, statistisch gut erfasst werden. Im ersten Fall sind 37 von 130 Verbindungen für die verbundenen Parteien erfolgreich, d. h. 2-3,6 % der Sitze werden auf Grund der Listenverbindung anders verteilt. Schmid beantwortet dabei die Frage nicht im einzelnen, *zu wessen Gunsten* die Mandate anders verteilt werden, sondern er prüft nur, ob damit die *Proportionalität* verfälscht werde. Er kommt zum Resultat, dass die Listenverbindung im allgemeinen den im schweizerischen Proporz z. T. bevorzugten Grossparteien schade, dass sie die untereinander verbundenen Mittelparteien stärke, allerdings nicht verbundene kleine Parteien benachteilige. Den Vorwurf, dass die Listenverbindung eine Konzession an den Majorz darstelle, weist er zurück.

Es ist nun allerdings die Frage zu stellen, ob der von Schmid angewendete Massstab der *genauen oder vollkommenen Proportionalität* ein taugliches Messgerät ist. Leider unterlässt es der Autor nämlich, zu definieren, was er darunter versteht. Meint er damit die einer Partei auf Grund ihrer *gesamtschweizerischen Wählerzahl* rein theoretisch zukommenden Sitze, unter Abrechnung der wahlkreisbedingten unverwendeten Reststimmen oder nur unter Abrechnung der ihr durch die Listenverbindung zukommenden Zusatzstimmen? Wenn man von « vollkommener Proportionalität » spricht, müsste man bedenken, dass das in der Schweiz gültige System Hagenbach von vornherein keine solche will, da das Verteilungsverfahren des minimalen Quotienten ja die grösseren Parteien von vornherein bevorzugt. Will man die Auswirkung der Listenverbindung richtig beurteilen, dann muss man vor allem, wie Schmid an anderer Stelle sagt, die dadurch bewirkte *veränderte Mandatverteilung* eruieren und feststellung, wie gross die Differenz zwischen den *mit* Listenverbindung de facto zugeteilten und den *ohne* Listenverbindung zu erwartenden Mandaten ist. Da steht nun eindeutig fest, dass in den berücksichtigten 7 Nationalratswahlen, gesamthaft gesehen, die sozial-demokratische Partei benachteiligt wird, die freisinnige dagegen bevorzugt. In den total 7 Wahlgängen verliert jene 26 Sitze, während der Freisinn 14 gewinnt. Gemessen an der « idealen Proportionalität » berliert die Sozialdemokratie 12, der Freisinn aber gewinnt 25 Mandate. Die andern grösseren und mittleren Parteien erfahren dagegen alle nur geringe Verbesserungen.

Die Listenverbindung wirkt, wie Schmid bemerkt, *parteienverbindend* oder integrierend, da sie die parteipolitischen Gegensätze zwischen den verbundenen Parteien überbrücken helfe. An anderer Stelle wird jedoch die Frage gestellt, ob dadurch nicht *unnatürliche Allianzen* begründet werden, d. h. eine « politische Zusammenarbeit von gegnerischen Parteien aus taktischen Gründen ». Schmid verneint dies, da ja in der Regel einfach « diejenigen Parteien, die im Parlament mit einander zusammengehen, auch in den Wahlen gemeinsam marschieren ». Dies mag für die Zeit des Klassenkampfes (1919-1935) sicher zutreffen. Es wäre nun aber gerade zu untersuchen gewesen, ob diese Gleichung auch für die Zeit nach 1935 stimmt. Arbeiten die listenverbundenen Parteien wirklich auch im Parlament zusammen? Gibt es über die bürgerliche Wahlallianz hinaus heute noch eine kontinuierliche « bürgerliche Politik »? Entspringen solche Wahlallianzen einfach einer Tradition oder kühler Berechnung, handelt es sich dabei um einen Flirt, um eine Vernunfthehe oder um tiefere Verbundenheit? Wir geben zu, dass damit ein weites Feld betreten wird. Aber der Autor, der im juristischen Teil seiner Dissertation sein Thema erschöpfend behandelt hat, hätte mit Vorteil angedeutet, dass hier noch *offene Fragen* vorliegen.

ERICH GRUNER, Universität, Bern.

CHRISTOPHER HUGHES: *The Parliament of Switzerland*, London, 1962.

Die Studie über das schweizerische Parlament, aus welcher der Autor, Christopher Hughes, im vergangenen Jahrbuch einige Resultate mitgeteilt hat, ist nun in Buchform erschienen und soll hier besprochen werden. Sein Artikel hat entweder scharfe Ablehnung

(z.B. *St. Galler Tagblatt*) oder wohlwollend neutrale Beurteilung (*N.Z.Z.*) erfahren oder ist gänzlich verschwiegen worden. Der Bundesstadtkorrespondent des *St. Galler Tagblattes* wirft dem Autor in einem « Ein blinder Spiegel unserer Staatsform » betitelten Artikel vor, von seinem Werk sei nicht mehr zu erwarten als ein « Gemenge von halben und ganzen Wahrheiten, von glücklichen und verfehlten Werturteilen über unser öffentliches Leben ». Aber von der politischen « Wissenschaft » sei eben überhaupt nichts anderes zu erhoffen, weshalb dieser Ausdruck demonstrativ immer zwischen Gänsefüsschen gesetzt wird.

Gerade diese Antwort ist in ihrer Art typisch für das, was Hughes über unsere politischen Verhältnisse aussagt: dass wir nämlich weitgehend in einer Welt vergangener politischer Ideale leben, die wir mit der politischen Realität gleichsetzen. Hughes darf deshalb sicher mit einigem Recht behaupten, Pionierdienste zu leisten, wenn er seine Studie selbst charakterisiert als « a book... placing the Swiss federal parliament in the context of Swiss society and of the political situation created by the distribution of social and economic power within Switzerland » (S. V.). Das ist in der Tat eine neue Fragestellung, die nicht nur vom englisch empiristischen Denken beeinflusst ist, sondern von der hochentwickelten politischen Soziologie der angelsächsischen Länder. Dass sie fruchtbar auch auf die schweizerischen Verhältnisse angewendet werden kann, beweist das Werk von Hughes, auch wenn man in diesem und jenem Punkt nicht mit dem Autor eiverstanden sein kann. Es muss jedoch zum voraus gesagt werden, dass H. nicht etwa eine Abneigung gegen verfassungsrechtliche Fragen hat. 1953 hat er nämlich ein Werk über die schweizerische Verfassung herausgegeben.

Sein jetziges Werk basiert auf eingehenden Studien verschiedener Art: H. besucht die Sitzungen des Parlamentes, spricht mit einflussreichen Parlamentariern und Journalisten aller Parteien, interviewt führende Beamte, studiert die offiziellen Publikationen wie das *Stenographische Bulletin*, erhält Einblicke in die Protokolle mancher wichtiger Kommissionen und durchpirscht schliesslich, freilich mit grosser Enttäuschung, die Literatur über seinen Forschungsgegenstand.

Hughes Interesse gilt dem Schweizer Parlament in einem sehr umfassenden Sinn. Er versteht es als Ausdruck unserer Geschichte, unserer Gesellschaft, unserer Parteien. Er untersucht das Parlament im Hinblick auf seine Wähler einerseits, auf die von ihm zu treffenden Wahlen andererseits, aber ebenso sehr auf seine Beziehungen zum Bundesrat und zur Verwaltung. Schliesslich studiert er seine Arbeitsweise: Gesetzgebung, Prüfung der bundesrätlichen Geschäftsführung, Budgetrecht. Rolle der Kommissionen usw.

Hughes baut seine Betrachtungen auf einigen *Axiomen* auf, die man naturgemäss nur entweder strikte ablehnen oder die man nach der Methode des englischen Empirismus einmal akzeptieren kann, um zu sehen, ob sie einleuchtende Resultate zeitigen. Britischer Denkweise entspricht es, dass Hughes unser politisches Leben als Funktion einer ganz bestimmten Klassenstruktur erblickt, dass er nach der herrschenden, d.h. *politisch führenden Klasse* fragt und diese nun axiomatisch in der « upper middle class » sieht. (« It is difficult to say more in the absence of any scientific investigation. If it is true that Swiss government is a tacit upper middle class conspiracy, then the student of the sociology of government must investigate carefully the leading « Verbindungen » (S. 14).)

Obschon H. also bedauert, dass unsere *gesellschaftliche Schichtung* zu *wenig wissenschaftlich untersucht* ist, gibt er doch einige ganz konkrete Anhaltspunkte, wieso er zu seinem Eindruck kommt: die Auswahl und der Zuschnitt unserer intellektuellen Elite in den Mittel- und Hochschulen, die Rolle der Studentenverbindungen und der Offizierslaufbahn. Aber er stellt auch fest, dass unsere Klassenstruktur durch unsern volkstümlichen demokratischen Lebensstil und die demokratischen Einrichtungen gemildert wird, und dass der Einstieg in diese obere Mittelklasse viel leichter ist als in England, weil unsere sozialen Klassen viel offener sind. Genaueres wird man freilich erst sagen können, wenn man unser Parlament soziologisch eingehend untersucht haben wird. Und es ist sicher etwas unvorsichtig, wenn man allzu viele Züge unseres politischen Lebens auf die Klassenstruktur zurückführt, z. B. auch in der Handlungsweise der Verwaltung (« The administration decide what they consider to do the best..., as objectively as their upper

middle class, law trained, background permits them », S. 104). Doch ist es sicher sehr zu begrüßen, wenn uns gezeigt wird, dass politische Fragen auch mit soziologischen Methoden zu bearbeiten sind.

Als weiteres axiomatisches Urteil fällt uns die Bewertung unseres *Parteiensystems* auf. H. geht von der Ansicht aus, die gültige Norm für das politische Denken werde in der Schweiz vom *Freisinn* bestimmt, und die andern Parteirichtungen seien nichts anderes als ein Einbruch in diese Norm. Diese Auffassung ist grundsätzlich sicher richtig. Sie wird etwa von Hilty bestätigt, der in der Partei nur « ein Mittel sieht, um das Vaterland und die wahren Interessen des Ganzen zu erhalten », und der deshalb nur eine *einzig* richtige Partei anerkennt, die freisinnige, weil sie als einzige die Nation vertritt. Höchstens lässt er ideelle Schattierungen wie die Liberalen und die Demokraten gelten. Aber Ultramontane und Sozialisten stellen sich ausserhalb des Staatsganzen (« Polit. Jahrbuch 1887 », S. 817). Diese Linie lässt sich weiter verfolgen bis zu *Walther Burckhardt*, der Politik wissenschaftlich als Staatstheorie behandeln will und deshalb eine Partei danach beurteilt, ob sie eine erlaubte oder unerlaubte Staatsidee vertrete (« Polit. Jahrbuch 1914 », S. 161 ff.). Der Unterschied zwischen Liberalen und Radikalen im 19. Jahrhundert wird dabei von H. sicher zu summarisch behandelt; ebenso die kantonalen Differenzierungen des schweizerischen Freisinns. Doch erlaubt ihm sein Axiom, die nichtradikalen Parteien sehr gut zu charakterisieren. So sieht er in der Sozialdemokratie eine Partei, die einerseits danach strebe, die Landespolitik eines Tages nach ihren Grundsätzen zu gestalten, andererseits aber, da sie nicht mehr grundsätzlich in Opposition steht, die Haltung einer « Pressure Group » einnehme, d.h. einer politischen Macht, welche die Regierung unter Druck setzt.

Als axiomatisch erscheint bei H. schliesslich manches Urteil über das *Parlament als Ganzes*. Er setzt dieses grundsätzlich in *Parallele* zum *britischen* Parlament und zu dessen Zweiparteiensystem, das bekanntlich auf dem Zweikampf zwischen Regierung und Opposition beruht. Während das Zusammenspiel von Legislative und Exekutive in Grossbritannien ein *hochpolitisches* ist, erscheint dem Briten unser schweizerisches Regierungssystem als geradezu *unpolitisch*. Politik scheint sich in *Verwaltung* aufzulösen, und zwar sowohl bei der Legislative wie bei der Exekutive.

Für den britischen Beobachter, für den die Parlamentswahlen die Entscheidung für oder gegen eine ganz bestimmte Politik bedeuten, müssen schon unsere *Nationalratswahlen* mit ihren geringen politischen Verschiebungen denkbar unpolitisch erscheinen. H. erklärt dies z. T. mit unserm Proporzverfahren, das er freilich fälschlicherweise mit der Methode d'Hondt in Verbindung bringt, anstatt auf die sicher originelle Bedeutung des bei uns geltenden Systems Hagenbach-Bischoff mit seiner eigenartigen Spitze gegen die Splitterparteien einzugehen. Unser *bundesrätliches Regierungssystem*, das H. übrigens als die originellste politische Leistung der Schweiz bezeichnet, verhindert ebenfalls jedes offene Kräfteressen, weil ja niemand einer praktisch unabsetzbaren Regierung den Prozess mache, so wenig wie heute jemand gegen den britischen König politisiere. Und da keine Anti-Politik möglich sei, so brauche auch der Bundesrat keine Politik im eigentlichen Sinne des Wortes zu führen. Schon gar nicht der einzelne Departementsvorsteher, den H. definiert als « more of a civil servant, and rather less of a politician » (S. 98). Dementsprechend « unpolitisch » erscheint nun dem britischen Betrachter auch die Arbeit des Parlaments, vor allem die Zusammenarbeit mit dem Bundesrat und der Verwaltung. Das Grundprinzip unserer parlamentarischen Aktivität sei *Kontrolle*, nicht Politik. Sie gleiche einem bis in kleinste Einzelheiten hineingehenden, aufeinander eingespielten Räderwerk, das nur der verstehe, der die *einzelnen Rädchen* kenne. H. analysiert darum gerade diejenigen Nahtstellen im Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive am eingehendsten, welche seine These am besten illustrieren: die Prüfung des Geschäftsberichtes, die Budgetberatung, die einzelnen Wahlakte, die Motionen, Postulate usw. Am eingehendsten befasst er sich mit der *Gesetzgebung*, die er anhand des Werdeganges eines einzelnen Gesetzes unter die Lupe nimmt. Als Grundgesetz der eidgenössischen Behörden stellt H. so etwas wie ein gegenseitiges « Geben und Nehmen » fest; er nennt es *Cooperation*.

Wer wie Hughes in dieser Weise politische Soziologie treibt, fragt weniger nach den staatsrechtlich relevanten Seiten unseres politischen Lebens als nach den *Kräften, die hinter diesem System wirken*. Sein Interesse ist darum sehr viel mehr auf *Persönlichkeiten* und *Gruppen* gerichtet als auf die Dinge: Wie sieht die typische Laufbahn unserer Politiker aus? Welchen « *cursus honorum* » hat man zu durchlaufen, wenn man zum höchsten Amt aufsteigen will? Welchen Kommissionen gehört der wirklich einflussreiche Parlamentarier an? Lassen sich bestimmte Regeln erkennen, nach denen « *unhaltbar* » gewordene Bundesräte zurücktreten? Wie wirkt sich die Parteipolitik durch das Medium der Fraktionssitzungen auf den Bundesrat aus, und wie beeinflusst dieser umgekehrt mit denselben Mitteln die Entscheidungen der Parteien? Welchen Anteil haben Beamte, Experten, Verbände, Departementsvorsteher, Gesamtbundesrat, Kommissionen an der Gesetzgebung?

Hughes hat bei alledem die *bewegenden Kräfte* in unserm Lande sicher *unterschätzt*. Er deutet zwar an, dass die fehlende Opposition durch das *Referendum* teilweise ersetzt werde. Er sieht sie jedoch nur im Zusammenhang mit gewissen referendumstaktischen Überlegungen, besonders der « *Pressure group* ». Dass erst das Referendum auch der parlamentarischen Tätigkeit seinen Stempel aufdrückt, ist zu wenig in seinen Gesichtskreis getreten, wohl gerade deshalb, weil er aus Zurückhaltung den Werdegang eines ausgesprochen *unpolitischen* Gesetzes (dasjenige über den Agenturvertrag von 1949) untersucht. Hier hat ihm sicher auch der Vergleich mit dem britischen Parlament die Sicht versperrt, wie überhaupt Parallelen mit britischen Verhältnissen zu sehr gefährlichen Schlüssen führen können, auch wenn man begreift, dass einem Engländer die Persönlichkeit Bringolfs leichter verständlich erscheinen mag, wenn man ihn als den « *schweizerischen Aneurin Bevan* » bezeichnet. Das ist aber sicher ebenso falsch, wie wenn man den Berner Jura « *das schweizerische Irland* » nennt! Zu wenig beachtet hat H. auch, wie stark kantonale politische Kräfte in die eidgenössische Politik hineinspielen, auch wenn er z. B. die Rolle des Ständerates genügend würdigt. Ist denn die von ihm so bewunderte Regierungsstabilität der bundesrätlichen Kollegialbehörde nicht das Abbild der kantonalen Regierungsautorität des liberalen Zeitalters, und diese nicht nichts anderes als der Ausdruck eidgenössischer Selbstverwaltung? Als Ganzes ist aber H.s Werk ein sehr schätzenswerter Beitrag zur Erhellung unseres politischen Lebens, für den wir dem Autor zu grossem Dank verpflichtet sind.

ERICH GRUNER.

Deux cents ans de vie et d'histoire vaudoises. La Feuille d'Avis de Lausanne, 1762-1962. Lausanne (Payot), 1962, 1 vol., 418 pages, planches, cartes, graphiques. (Bibliothèque historique vaudoise, vol. XXXIII.)

L'un des plus anciens de nos journaux suisses, *La Feuille d'Avis de Lausanne*, a célébré l'an passé son deuxième centenaire. D'abord hebdomadaire réservé aux seules annonces de tous genres, la *Feuille d'Avis* devint dès 1872 un quotidien d'information — où les annonces conservèrent d'ailleurs toujours une place considérable. Deux étapes, deux formes de journalisme qui offrent, chacune à leur manière, un reflet sans doute unique de deux siècles de vie lausannoise et vaudoise. Afin de marquer cet anniversaire et d'en laisser un témoignage durable, les responsables actuels de la *Feuille d'Avis* ont préparé, avec le concours de quelques historiens vaudois, un ouvrage qui est mieux qu'un mémorial: une contribution à l'histoire du pays, rigoureusement scientifique dans sa méthode et ses résultats, et conçue selon une formule originale qui mérite de servir d'exemple.

Des cinq contributions qui forment le substance de ce livre, seules les deux premières, et les plus brèves, retracent l'histoire même de la *Feuille d'Avis*. M. Louis Junod, professeur à l'Université et directeur des Archives cantonales, a mis toute son érudition à éclaircir les origines de la feuille fondée en 1762 par David Duret, et son développement jusqu'à la transformation de 1872. Prenant sa suite, M. Pierre Cordey, rédacteur en chef après Paul Allenspach, Maxime Reymond, Rodolphe Rubattel et Otto Treyvaud, évoque la naissance du quotidien d'information et les personnalités, diverses mais fortes, de ses

quatre prédécesseurs. Ces pages sont à elles seules un utile apport à l'histoire du journalisme en Suisse romande.

C'est cependant la seconde partie de l'ouvrage, de loin la plus longue, qui retiendra surtout l'attention. Partant de la base d'informations qu'offre la collection (nulle part complète, malheureusement) de la *Feuille d'Avis*, trois historiens ont cherché à en dégager la substance historique, chacun dans une direction bien définie.

Journaliste lui-même, M. Jean-Pierre Chuard a tiré des collections de la *Feuille* quelques images suggestives de « deux cents ans de vie quotidienne », que l'on eût souhaitées plus fouillées et moins anecdotiques. M. Jean-Pierre Aguet, que sa compétence en matière d'histoire politique internationale qualifiait particulièrement, a analysé l'information étrangère du quotidien lausannois entre 1872 et 1914. Certes, la *Feuille d'Avis* n'était guère un journal d'opinion. Mais de ce fait même, son information sur les grands événements et les grands courants du temps — affaires Boulanger et Dreyfus, guerre des Boers, Entente cordiale, Révolution russe de 1905, montée du monde ouvrier, questions économiques et sociales — offre une image fidèle de l'opinion moyenne: celle d'une bourgeoisie locale qui ne se sent pas concernée, mais qui réagit en fonction de ses conceptions traditionnelles et de ses préjugés. L'étude de M. Aguet mériterait d'être confrontée avec d'autres analyses du même type, car elle apporte à l'histoire des mentalités collectives un témoignage utile.

Qui n'a jamais été sensible à l'humour des petites annonces, et surtout à leur profonde humanité? Pourtant, je ne crois pas que personne ait songé jusqu'ici à les exploiter comme source de l'histoire économique du pays auquel elles s'adressent. C'est le très grand mérite de M. Paul-Louis Pelet, professeur à l'Université de Lausanne, que d'avoir ouvert cette voie nouvelle dont il montre, dans son copieux mémoire, la richesse insoupçonnée. Grâce à l'ingéniosité de sa méthode de dépouillement et à la finesse de son esprit, l'auteur a su tirer d'une mine abondante, mais inorganique, un tableau de l'économie vaudoise entre 1762 et 1850 parfaitement articulé et remarquablement complet. Voilà une lacune comblée, et par quelle voie inattendue! Les multiples secteurs de la vie économique du pays y sont abordés l'un après l'autre: relations entre le chef-lieu et l'arrière-pays agricole et viticole, importations et exportations de et vers l'étranger ou les cantons suisses, productions artisanales et industrielles, transports, commerce de l'argent et, enfin, prix des denrées essentielles reportés en graphiques, grâce aux mercures de la *Feuille d'Avis*. On y voit confirmées, par l'exemple vaudois, les tendances cycliques générales des prix européens. On y voit surtout dessinée l'évolution « originale et méconnue » d'un pays que l'on s'obstine à croire essentiellement agricole. Or, on sait aujourd'hui, grâce à M. Pelet, à quelles origines précises se rattache le destin industriel du canton de Vaud, lent à se réaliser, mais que l'on ne saurait plus renier aujourd'hui.

JEAN-FRANÇOIS BERGIER

ERICH WÜEST: *Der Vertrag von Versailles in Licht und Schatten der Kritik — Die Kontroverse um seine wirtschaftlichen Auswirkungen*. Europa-Verlag, Zurich, 1962, 279 p.

Depuis son élaboration, le Traité de Versailles a été l'objet de maintes études critiques, souvent fort sévères, et les historiens n'ont cessé de se demander dans quelle mesure on pouvait attribuer à ses multiples imperfections les crises qu'ont subies depuis l'Europe et le monde. Jusqu'aux lendemains de la Seconde Guerre mondiale, ces critiques ont été passionnées, qu'il s'agisse, à la suite de Keynes, d'accabler ses auteurs ou que l'on ait eu pour objet de défendre « la Paix calomniée ». Il est certain qu'aujourd'hui, s'il demeure difficile de voir clair parmi tant de jugements contradictoires, l'historien commence du moins à avoir le recul et à pouvoir trouver le détachement nécessaires pour porter sur Versailles un jugement serein.

A cet égard, l'ouvrage de M. Wüest paraît irréprochable: répertoriant études et témoignages, il aboutit, sur l'ensemble du Traité, à des conclusions raisonnables et modérées: œuvre d'hommes infiniment plus capables que ne le prétend Keynes, il traduit,

malgré ses faiblesses, ce qu'il était possible de faire dans les conditions d'alors et les jugements à la fois indulgents et désabusés de Clemenceau semblent plus proches des conclusions de l'auteur que le plaidoyer d'Etienne Mantoux.

Au contraire, la partie économique du Traité, sur laquelle porte l'essentiel de cette étude, est jugée de façon plus sévère: ici, les arguments de Keynes sont repris, précisés, prolongés sur la période d'exécution du Traité. Ce n'est pas tant la capacité de paiement de l'Allemagne qui est en cause — la situant tout juste au-dessus des annuités prévues par le Plan Dawes, l'auteur se rallie à une thèse généralement acceptée — que les implications sur les relations économiques internationales du système complexe des réparations, et surtout des réparations en nature, qui ne pouvaient être réalisées en une période de restauration d'une saine économie de marché. L'argumentation est solide et emporte la conviction, mais elle l'eût été bien davantage si, au lieu de s'en prendre au seul ouvrage, trop rapide, d'Etienne Mantoux, M. Wüest avait entrepris une critique analogue de l'exposé, infiniment plus fouillé, de Weill-Raynal sur les réparations. L'absence de références à cet ouvrage monumental et assez proche par son ton et par ses conclusions de celui de M. Wüest surprend.

Surtout, il est permis de se demander si M. Wüest, qui reproche à bon droit à Mantoux et à Keynes d'apporter sur la partie économique du Traité un point de vue avant tout politique, n'est pas tombé dans l'excès inverse et ne fait pas finalement porter un point de vue trop technique sur une œuvre avant tout politique. Soulignant avec beaucoup de sagacité les erreurs des uns ou des autres, il ne fait pas cette œuvre de l'historien qui consiste à expliquer les décisions politiques à la lumière des conceptions de l'époque et de l'appréciation de la marge de choix que pouvaient laisser aux hommes politiques les forces dont émanait le pouvoir qu'ils détenaient. Reprocher aux hommes de Versailles de n'avoir su réaliser une communauté d'intérêts entre les puissances concernées par le Traité est certainement juste, mais c'est faire abstraction de toute une histoire au terme de laquelle il leur eût fallu une rare indépendance et une prodigieuse clairvoyance pour pouvoir se situer au niveau de l'universel. L'eussent-ils fait dans le domaine économique qu'il eût encore fallu qu'aucune volonté politique ne vienne se mettre au travers de leurs plans; or il est bien certain qu'à Versailles comme ailleurs, l'économique a été absolument subordonné au politique.

H. BURGELIN.

Ouvrages reçus pour compte rendu :

Harold D. Lasswell: *The Future of Political Science*. Atherton Press, Prentice-Hall International, New York et Londres, 1963, 256 p.

Dusan Sidjanski: *Dimensions européennes de la Science politique*. Librairie générale de Droit et de Jurisprudence, R. Pichon et R. Durand-Auzias, Paris, 1963, 183 p.